

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A large, bold, white 'AfD' logo is positioned in the bottom right corner of the image. A red curved arrow, identical to the one in the smaller logo, is positioned below the letters 'f' and 'D', pointing towards the right.

Deutschland zahlt einen hohen Preis für den Euro

Wir müssen mit 15 Milliarden Euro Verlust rechnen – bei einem Eigenkapital der Bundesbank von nur 2,5 Milliarden und bei schon 2023 fast vollständig aufgebrauchten Risikovorsorgepositionen! Grund sind hohe Zinszahlungen von über 40 Milliarden auf die enormen Einlagen der Geschäftsbanken bei der Bundesbank. Und diese sind ja nicht vom Himmel gefallen. Sie sind seit Jahren ein Problem und eine Folge der permanenten Euro-Rettung über massive Anleihekäufe! Ohne diese Liquiditätsflutung könnten die Geschäftsbanken nicht eine Billion Euro bei der Bundesbank zu vier Prozent einlegen, während sie selbst der Zentralbank weiterhin so gut wie keine Zinsen zahlen! Dieses jährlich wiederkehrende 40-Milliarden-Geschenk an die Banken leistet die Notenbank letztlich auf Kosten der Steuerzahler, denn die Bundesbank schüttet genau darum seit Jahren –und noch viele weitere Jahre– keinerlei Gewinne an den Bundeshaushalt aus!

Wir als AfD hatten die Euro-Dauerrettung immer kritisiert. Nun wird sie mit langer Ansage richtig teuer, denn die unnatürliche Nullzinsphase ist zu Ende.

Der Bundestag hat also seine Integrationsverantwortung nicht wahrgenommen! Sonst hätte man längst auf ein viel schnelleres Ende der Anleihekäufe drängen müssen!

Denn natürlich ist es nicht die Bundesbank, die diese Situation zu verantworten hat. Die Bundesbank ist leider nur noch eine Filiale der EZB – und deren Handlungen werden seit 2012 vollständig über die Euro-Rettungspolitik der EU und des Bundestags bestimmt.

Draghis „Whatever it takes“ hat nunmehr einen Preis. Wir alle müssen ihn bezahlen – und die bedingungslos Europäischen Parteien verantworten das durch ihr jahrelanges Schweigen! Ich sage voraus, dass die Bundesbank per Ende 2024 ein negatives Eigenkapital und damit ein verheerendes Signal an die Kapitalmärkte nur dadurch vermeiden wird, dass sie die seit 1971 unangestasteten Aufwertungsgewinne auf die Staatsgold-Bestände gegen ihre Verluste rechnet!

Ausgerechnet das barbarische Relikt namens Gold wird dann die Bundesbank-Bilanz retten. Und ja, diese derzeit 220 Milliarden Euro kann man noch einige Jahre lang zur Verlustdeckung nutzen. Die Bundesbank wirtschaftet somit wie die Ampel: Man verbraucht die letzte Substanz des Landes.

Dieser Text ist ein Auszug der Rede im Deutschen Bundestag, 25.4.2024. Die Rede als Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=YSJWAAKB5eU&t>

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 pboehringer

 peter.boehringer@bundestag.de

 www.pboehringer.de

 pboehringer_mdb

 PeterBoehringer

 pboehringer

 Peter.BoehringerCom

 pboehringer

Bundesregierung ahnungslos und unwillig zur Transparenz

Die Bundesregierung hat der deutschen Landwirtschaft mit dem sogenannten Wachstumschancengesetz großspurig spürbare Entlastungen angekündigt, obwohl sie gar nicht weiß, ob sie dieses Versprechen überhaupt einhalten kann. In einer Antwort auf eine Schriftliche Frage hat die Bundesregierung zugegeben, dass sie gar nicht weiß, wie hoch die durchschnittliche Steuerentlastung durch das Wachstumschancengesetz für landwirtschaftliche Betriebe sein wird. Dabei hatte Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir kurz zuvor noch angekündigt, dass die deutschen Bauern dadurch spürbar entlastet werden würden.

Was wir aber wissen, ist, dass die Bundesregierung die Bauernfamilien durch die Streichung der Steuervergünstigung für Agrardiesel massiv belastet. Die Ampel und die CDU/CSU werden sich deshalb daran messen lassen müssen, dass sie unsere Anträge zur Beibehaltung der Agrardieselförderung abgelehnt haben. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/100/2010055.pdf>

Das Ankündigen von Entlastungen, von denen die Regierung selbst nicht weiß, wie sie diese überhaupt umsetzen soll, ist bewusste Wählertäuschung! Gerade angesichts der anstehenden Wahlen ist es umso wichtiger, dass sich die Wähler umfassend über die aktuelle

Politik informieren können. Um die Transparenz für die Bürger zu erhöhen, hat die AfD-Fraktion daher beantragt, dass der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages künftig in öffentlicher Sitzung berät. Der Antrag wurde jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Es zeugt von einem merkwürdigen Demokratieverständnis, dass alle anderen Fraktionen weiterhin in nichtöffentlichen Sitzungen tagen wollen.

Wir hingegen sind überzeugt, dass die Öffentlichkeit ein Recht auf mehr parlamentarische Transparenz und Offenheit hat.

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protschkasposition

Neue CO₂-Zölle: Ein öko-sozialistisches Monstrum!

Schon bald werden alle Bürger durch neue CO₂-Zölle draufzahlen, EU-weit. Der Wohlstandsverlust ist auf lange Sicht vorprogrammiert. Zuerst trifft „nur“ ein neuer Bürokratiewalder die Unternehmen.

Worum geht es? Mit der EU-weiten Einführung des „Carbon Border Adjustment Mechanism“ (CBAM) als Teil des „European Green Deals“ kommt ein neues CO₂-basiertes Zollsystem mit weitreichenden Folgen. Durch die Zölle sollen Importwaren, einfach gesagt, genauso teuer werden wie in der EU mit ihren immer höheren CO₂-Abgaben erzeugte Waren. Das soll die Verlagerung CO₂-intensiver Produktion ins Nicht-EU-Ausland erschweren – aber es wird kaum funktionieren, dafür umso größeren Schaden stiften.

Unternehmen müssen im ersten Schritt die CO₂-Emissionen ihrer internationalen (!) Handelspartner genau dokumentieren. Schon jetzt sorgt das in der Geschäftswelt für erheblichen Unmut. Es ist nämlich eine Sisyphos-Aufgabe, die Anleitung ist hunderte Seiten dick – es ist ein ähnliches Bürokratiemonster wie das berühmte Lieferkettengesetz.

Wenn dann ab 2026 die Zölle fällig werden, müssen die importierenden Unternehmen praktisch dieselben CO₂-Kosten tragen, wie wenn sie die betreffenden Produkte in der EU herstel-

len würden – dadurch wirkt der CBAM wie ein Zoll. Das produziert dann nicht nur den nächsten Inflationsschub, sondern verteuert auch noch alle Exporte und schwächt nicht zuletzt Deutschland im internationalen Wettbewerb weiter. Noch dazu könnte das von Ländern z.B. in Asien als Eröffnung eines neuen Handelskrieges verstanden werden.

Richtig fatal wird der CBAM auf die lange Sicht: Wer innerhalb der neuen Zollmauer lebt, dessen Lebensstandard wird sich in den nächsten Jahrzehnten deutlich schlechter entwickeln als im Rest der Welt, der keinen regierungsamtlichen CO₂-Radikalismus kennt. Wir werden uns in einem ökosozialistischen Wirtschaftsraum wiederfinden, der dem nichtsozialistischen Wirtschaftsraum weltweit hinterherhinkt. Geschichtlich Interessierte wird das an den Ostblock erinnern – nur, für die Wessis unter uns: wir werden uns diesmal **innerhalb** der (mindestens: wirtschaftlichen) Mauer wiederfinden!

Es ist also höchste Zeit, auf EU-Ebene umzusteuern – und für jede deutschlandfreundliche Bundesregierung, in allen betreffenden Gesprächen die Notbremse zu ziehen!

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

fb /w.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de

Global Gateway - „wertebasierte“ Infrastruktur auf der ganzen Welt?

Mit 300 Milliarden Euro Steuergeld will die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in den kommenden sechs Jahren weltweit „wertebasierte“, hochwertige Großprojekte in den Bereichen Digitales, Energie und Verkehr auf den Weg bringen. Ziel der geplanten „Global-Gateway-Strategie“ ist, die EU durch Infrastrukturpartnerschaften mit Ländern in Afrika, Asien/Pazifik und Lateinamerika/Karibik global sichtbar zu machen und vermeintlich mehr Einfluss zu gewinnen, wohl auch als Gegengewicht zum wachsenden Einfluss des „strategischen Rivalen“ China. Offensichtlich haben die EU-Vertreter der Gateway-Initiative sich ein Beispiel an der Ampelregierung und ihren Millionenausgaben für Fahrradwege in Peru genommen, während gleichzeitig für Straßen und Schienen in Deutschland angeblich kein Geld da ist.

Auch im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich verfolgt die EU bereits mit dem „Strategischen Kompass“ die Idee, durch Trainingsmissionen und Ertüchtigungshilfen überall auf der Welt, u.a. in der Sahelzone und Westafrika, als Machtfaktor im globalen Wettstreit der Großmächte wahrgenommen zu werden. Das 64-seitige Papier wurde 2020 unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

ideologisch vorangetrieben und 2022 unter französischer Ratspräsidentschaft verabschiedet, nachdem Frankreich es zuvor noch zum Vorteil seiner Industrie überarbeitet hatte. Mangels eindeutiger Priorisierung und klar umrissener Sicherheitsinteressen gibt der Kompass keine militärstrategische Richtung vor und verfehlt dadurch die gewünschte Wirkung einer EU als „Garant globaler Sicherheit“. Anstatt Akteur der Weltpolitik zu sein, sitzt die EU nach wie vor am Katzentisch.

Als Abgeordneter im Deutschen Bundestag, der für die Verwendung deutscher Steuergelder verantwortlich ist, lehne ich solche kostenintensiven, europäische Vorzeigeprojekte mit globalen Ambitionen als nicht zielführend ab, weil viele Entwicklungs- und Schwellenländer die von der EU erträumten, wertegeleiteten Sozial- und Umweltstandards nicht teilen bzw. langfristig nicht unterhalten können. Überdies fehlen Garantien für europäische Unternehmen, von den geförderten Staaten Gegengeschäfte zu erhalten, während China mit seinem weltweiten Ausbau von Infrastruktur doppelt profitiert durch Sicherung von Zugangsrechten und Projektausführung nur durch chinesische Firmen.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

Staatsanwaltschaften von politischen Weisungen befreien, Aussitzen gescheitert?

Eine der Hauptforderungen der AfD im rechtspolitischen Bereich ist die Abschaffung des politischen Weisungsrechts der jeweiligen Justizminister gegenüber den Staatsanwaltschaften (§§ 146, 147 GVG). Dies ist nämlich in einem Rechtsstaat durchaus ein Fremdkörper. So hat der Europäische Gerichtshof explizit klargestellt, dass deutsche Staatsanwälte keinen europäischen Haftbefehl aus eigenem Ermessen ausstellen dürfen, da „keine hinreichende Gewähr für die Unabhängigkeit“ dieser Entscheidung gesehen wird. Das muss man erst einmal sacken lassen. Dabei wären EU-Haftbefehle eines der wenigen sinnvollen Instrumente. Nun passierte jahrelang erstmal gar nichts. Dann warf kürzlich die Cum-Ex-Chefermittlerin frustriert hin, da sie „politisch nicht unterstützt werde“. Vielleicht vielmehr gegängelt? Jedenfalls wurde nun hektisch in der Ampel rotiert, da die Sache doch zu ärgerlich und auffällig zu werden drohte. Was kam hinten heraus? Eine peinliche Klarstellung anstatt einer dringend notwendigen Abschaffung. Justizminister Buschmann hat den Entwurf eines Transparenzgesetzes von seinem chronisch unterbeschäftigten Haus ausarbeiten lassen. Dreh- und Angelpunkt: Weisungen durch die Politik bleiben erlaubt, sie dürfen nur nicht rechtswidrig oder von justizfremden Erwägungen

getragen sein. Also war dies bisher wohl anders? Mündliche Weisungen ohne Begründung sind weiterhin auch kein Problem, sofern ich nur eine Email am nächsten Tag hinterherschicke. Wirkliche Entpolitisierung sieht anders aus! Da helfen auch Krokodilstränen von Buschmann, es wäre ja bisher so schlimm und peinlich gegenüber der EU gewesen, gar nichts. Außerdem ist interessant, dass genau dieser Marco Buschmann von der FDP noch 2019 die Abschaffung des Weisungsrechts per Oppositions-Geszentwurf gefordert hatte (Drucksache 19/11095). Dort wird pathetisch beklagt „schon die bloße Existenz der Einzelweisungsbezugnis kann den Eindruck vermitteln, staatsanwaltschaftliches Handeln könne außerhalb der Bindung an Recht und Gesetz“ gesteuert werden. Die Abschaffung sei dringend nötig etc.pp.

Von dieser Entschlossenheit ist außer einem Lippenbekenntnis und eigentlich einem Schuldeingeständnis nichts mehr übriggeblieben. Nur die AfD fordert weiterhin rigoros eine Entpolitisierung der Justiz. So noch einmal betont auf unserer Bundestagung der Arbeitskreisleiter Recht am 18.03.2024, welche ich leiten durfte (www.afdbundestag.de/10-punkte-sofortprogramm-des-arbeitskreises-recht-der-afd-fraktion-im-bundestag).

Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Wir vergessen unsere Landwirte nicht!

Deren Protest hält nämlich noch immer an – auch wenn die Bauernverbände sich wieder einmal mit ein paar Zugeständnissen abspeisen ließen. Gemeinsam mit unserer Parteivorsitzenden Alice Weidel und meinem Kollegen aus dem Ausschuss und Arbeitskreis für Landwirtschaft - Frank Rinck - kamen wir mit den Landwirten der Bodensee-Region zu einem fachlichen Austausch auf dem landwirtschaftlichen Symposium in Ittendorf zusammen. Die Anliegen unserer Bauern wurden schnell klar: Neben dem Agrardiesel ging es auch um den Mindestlohn für ausländische Saisonarbeitskräfte, der einen landwirtschaftlichen Betrieb finanziell ruinieren kann.

Mit weit über 7500 Hektar Obst-Anbaufläche gehört die Bodenseeregion zu den größten Produzenten von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln. Etwa 1.200 Betriebe auf Deutscher Seeseite und weitere 800 Betriebe am österreichischen bzw. schweizerischen Ufer arbeiten oftmals noch als traditionsreiche Familienbetriebe.

Die Frage eines Gastes, ob wir denn auch wirklich Politik für die Landwirte machen werden, wenn wir an der Regierung sind, erhielt deshalb eine klare Antwort. Die katastrophalen Zustände waren überhaupt erst der Antrieb dafür, in die Politik zu gehen! Es sind rui-

nöse Wettbewerbsverzerrungen, die entstehen, wenn unsere Bauern hohe Standards hinsichtlich Umwelt, Tiererschutz und Mindestlohn erfüllen müssen. Und gleichzeitig importiert man konkurrierende Agrarprodukte, die ohne diese Standards produziert wurden - das wird sich mit der AfD ändern.

Bei der Veranstaltung wurde natürlich besonders geschätzt, dass auch unsere Vorsitzende Alice Weidel ein offenes Ohr für die Belange unserer Landwirte hatte. Sie unterstrich in ihrer Rede die Bedeutung der heimischen Landwirtschaft für die Versorgungssicherheit Deutschlands und bewies auch gleich, dass das keine leeren Worte bleiben sollen, sondern dass sie das Problem selbst anpacken will: Nach den vielen positiven Rückmeldungen haben wir die Veranstaltung in unserem AK in Berlin ausgewertet und planen nun gemeinsam mit der Parteispitze ein großes Symposium im Bundestag, wo viele wichtige Stimmen aus dem Bereich Ernährung und Landwirtschaft zusammenkommen sollen. Auch die Einladung eines Obstbauern nahm unsere Fraktionsvorsitzende an, wir suchen bereits einen Termin, um gemeinsam seinen Betrieb zu besuchen.

Hier wird sich seitens der AfD in der nächsten Zeit viel tun für unsere Bauern!

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch- Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD- Bundestagsfraktion

✉ peter.felser@bundestag.de

📷 @peter_felser

🐦 @PeterFelser

🎵 @peterfelser_mdb

📘 /peterfelserafd

🌐 www.peterfelser.de

Deutsche Sozialpolitik wird blau

Wer sich aktuell die Debatte zu sozialpolitischen Themen ansieht und dazu das AfD-Sozialprogramm von 2020 liest, wird sich verwundert die Augen reiben: Ist die AfD schon in Regierungsverantwortung?

Im Sozialprogramm heißt es: „... Wir wollen deshalb jedem ermöglichen, länger zu arbeiten und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Arbeitgeber, zum individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten.“ Vier Jahre später fordert FDP-Fraktionschef Christian Dürr in der Bild-Zeitung: „Wir sollten im Zusammenhang mit dieser Reform auch gleichzeitig eine Flexibilisierung des Renteneintritts beschließen, ...“. Wo hat er das wohl her? Die FDP hat aber deutlich mehr abgeschrieben:

und fordert mittlerweile die Anpassung der EU-Richtlinien, so dass überhaupt kein Kindergeld mehr ins Ausland gezahlt werden muss.

Auch außerhalb der Sozialpolitik hat sich die FDP kräftig in AfD-Programmen bedient, etwa bei der Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) oder bei der Ablehnung des Europäischen Lieferkettengesetzes.

War da noch was? Ach ja, auch wenn man es kaum glaubt, aber die FDP ist nicht in der Opposition, sondern an der Regierung. Fazit: Wenn eine Regierungspartei das AfD-Programm abschreibt, helfen auch keine infantilen Brandmauern. AfD wirkt!

- Sie fordert die Kürzung des Bürgergeldes bei Leistungsverweigerern und kopiert damit eine alte AfD-Forderung (zuletzt: Pressemeldung vom 28. Dezember 23 von René Springer).
- Auch die FDP will eine Reduzierung des Bürgergeldes, um einen Lohnabstand zu den Arbeitnehmern wiederherzustellen.
- Bei der Anpassung des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten der Aufenthaltsstaaten der Kinder (AfD 2019, FDP 2024) ist die AfD allerdings schon einen Schritt weiter

Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 t.me/gerrithuy

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**